

Eitorf, den 16.01.2013

Amt 10 - Haupt- und Personalamt

Sachbearbeiter/-in: Klaus Wahl

Bürgermeister

i.V.

Erster Beigeordneter

MITTEILUNGSVORLAGE
- öffentlich -

Sitzungsvorlage

Rat der Gemeinde Eitorf

04.02.2013

Tagesordnungspunkt:

Bekanntgabe der nicht durchgeführten Beschlüsse

Mitteilung:

Nachfolgend die Übersicht über die nicht durchgeführten Beschlüsse:

Beschluss-Nr. Datum	Inhalt	Bearbeitungsvermerk:	Wird aus der Liste gestrichen	
			Nein	JA
XII/38/408 15.09.2009	Dynamische Fahrgastinformation Die Verwaltung wird beauftragt, die weiteren Schritte (Haushaltsmittel, Planung, Durchführung) für die Errichtung einer „Dynamischen Fahrgastinformation“ zu betreiben.	Maßnahme befindet sich im Planungsstadium.	x	
XIII/16/232 19.12.2011	Maßnahmebeschluss Wärmeversorgung Gebäudekomplex Gymnasium u.a. Kombination von BHKW mit Gasbrennwertkessel	Maßnahme wird zur Zeit umgesetzt, geplante Fertigstellung August 2013.	X	
XIII/17/257 06.02.2012	Konversion Schulgassenareal Der Rat beschließt: 1. Der vorgestellten Planung des Einzelhandelsobjekts „Brückenstraße/Schulgasse“ mit der fußläufigen Eingangssituation von der Brückenstraße und der Zu- und Abfahrt sowie Anlieferung von der Bahnhofseite wird grundsätzlich zugestimmt. 2. Der Wegfall der derzeitigen P&R-Anlage Schulgasse ist im Rahmen der finanziellen, bautechnischen und vertraglichen Möglichkeiten mittels einer 2. Parkdeckebene als P&R- Anlage auf dem Einzelhandelsobjekt	Dem Entwickler wurde die Beschlusslage mitgeteilt. Es folgte eine eingehende Besprechung mit dem Verwaltungsvorstand und dem Fachamt unter Teilnahme des gedachten Nutzers. Derzeit wird auf Seiten des Entwicklers geprüft, ob und wann sich das Projekt auch nach Maßgabe der aktuellen Beschlusslage verwirklichen lässt. Ähnli-	X	

<p>XIII/22/306 17.09.2012</p>	<p>zu kompensieren.</p> <p>3. Die Verwaltung wird beauftragt, die zur Umsetzung des Vorhabens nach dem derzeitigen Stand erforderlichen Vorbereitungen und Vertragsverhandlungen mit dem Investor und der Deutschen Bahn AG zu führen bzgl. eines Erwerbs der Gemeindeflächen und der bestehenden P&R-Anlage einerseits und Sicherung und Trägerschaft (Eigentum / Dienstbarkeit / Pacht) der 2. Parkdeckebene als neue P&R-Anlage andererseits. Die für den Abschluss der daraus folgenden Verträge (Kauf- oder Pachtverträge, städtebaulicher Vertrag u.ä.) notwendigen Beschlüsse bleiben vorbehalten.</p> <p>4. Die Verwaltung wird beauftragt, mit Bezug zu den Beschlusspunkten 2. und 3. und unter Einstellung der sich daraus ergebenden Erkenntnisse ein Finanzierungskonzept aufzustellen, das die insgesamt aus dem Konversionsvorhaben erwarteten Kosten und Erlöse seitens der Gemeinde und deren denkbare Sicherstellung im laufenden und den kommenden Haushaltsjahren mit potenziellen Deckungsvorschlägen darstellt. Bei letzteren sind alle Möglichkeiten, auch eine Gewinnabführung aus den Werken, in Erwägung zu ziehen. Die Vorlage des Finanzierungskonzepts soll nach Maßgabe der sich aus Nr. 3 zeigenden Ergebnisse möglichst zeitnah, spätestens aber für die Sitzung des Hauptausschusses am 11.06.2012 erfolgen.</p> <p>Der Rat der Gemeinde beschließt: Unter den derzeit absehbaren finanzpolitischen Rahmenbedingungen ist eine sofortige Umsetzung der „Konversion Schulgasse“ haushaltstechnisch nicht darstellbar. Gleichwohl wird die Auslagerung von Feuerwehr und Bauhof als wichtig und dringend angesehen und am Ziel des „Konversionsvorhabens Schulgasse“ festgehalten. Insofern sollen diese Investitionen sobald wie möglich in den kommenden Investitionsprogrammen haushaltsverträglich dargestellt werden.</p>	<p>ches gilt für die Verwaltung im Zusammenhang mit der Aufstellung des Haushalts 2013 und des Haushaltssicherungskonzeptes.</p>		
<p>XIII/19/272 26.03.2012</p>	<p>Gewerbegebiet Lindscheid/K 27 Auftrag an die Verwaltung, bei der Bezirksregierung Köln zu beantragen, im Regionalplan Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB-Flächen) für das Gewerbegebiet Lindscheid/K27 im Austausch gegen die Flächen des GIB Altebach II darzustellen. Die Darstellung soll primär den Gewerbebestandort 2, hilfsweise den Gewerbebestandort 1 erfassen.</p>	<p>Der Antrag auf Änderung des Regionalplanes wurde gestellt. Die Begründung wurde nachgereicht. Zusätzliche Forderung der Bezirksregierung: Vorlage einer Alternativen- und Standortuntersuchung. Diese wird z.Zt. von der Verwaltung erarbeitet.</p>	<p>X</p>	